

Übersicht Masterplan "e-Government"

Kürzel	Themenbereich / Projektvorhaben	Status*	Geplantes Ende der lfd. Phase	Projekt- leitung	Projekt- mitarbeit	Projekt- schnittstelle	Art des Projekt- vorhabens
G	Grundsätze						
G-KOS	Finanzierungsmodelle für gemeinsame e-Government-Projekte	-		Exekutiv- sekretär	CIO, BMF, Länder, Städte, Gemeinden		Gemeinsam
G-OS	Umsetzung der Online Strategien	-		Wien	CIO, Länder, Städte, Gemeinden		Gemeinsam
G-RB	Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen / e-Government Gesetz	-		BKA/VD	CIO, Ministerien, Länder, Städte, Gemeinden		Gemeinsam
G-VZ	Vereinfachter Verfahrenszugang für Bürger und Wirtschaft	-		Stmk.	help, Länder, Städte, Gemeinden		Gemeinsam
BB	Bürgerbeteiligung						
BB-VB	Umsetzen des elektronischen Volksbegehrens	-		BKA	BMI, Länder, Städte, Gemeinden		Gemeinsam
BB-FOR	Forum e-Government, strukturierte Diskussionsformulare	-		Wien	Länder, Bund		Gemeinsam
Q	Querschnittsmaterien						
Q-AR	Adressregister	-		Wien	BKA, StatÖ, CIO, BMWA, BEV, BMI, Gemeinden, Städte, Länder	Zusteller	Gemeinsam
Q-ARCH	Langzeitarchivierung	-		BKA/VD	Bund, Länder, Ge- meinden, Wirtschaft, Höchstgerichte		Gemeinsam
Q-AS	Amtssignatur	-		CIO	Länder, Städte, Gemeinden	Notariatskammer	Gemeinsam
Q-AU	Authentifikation	-		CIO	BKA/VD, Länder		Gemeinsam

Übersicht Masterplan "e-Government"

Kürzel	Themenbereich / Projektvorhaben	Status*	Geplantes Ende der lfd. Phase	Projekt-leitung	Projekt-mitarbeit	Projekt-schnittstelle	Art des Projekt-vorhabens
Q-AW	e-Government-AWARD - Wettbewerb der besten Lösungen	-		CIO	Bund, Länder, Städte, Gemeinden	Sponsoren, Firmen	Gemeinsam
Q-BS	Einheitliche XML-Struktur für Bescheide	-		CIO	BMWA, BMJ, BMF, Länder, Städte und Gemeinden	EDIAKT, Zustellung, Kommunikationsarchitektur, OLAPP	Gemeinsam
Q-BT	Besserer Zugang zum Netz	-		Tirol	Bund, Länder, Städte, Gemeinden, externe Firmen	Telekombetreiber	Gemeinsam
Q-DS	Signaturinfrastruktur	-		CIO	Länder, Städte, Gemeinden	Zertifizierungsdiensteanbieter, Mobilfunkbetr. Banken, SVChipBE	Gemeinsam
Q-EA	Offizielle elektronische Einlaufadresse / Allgemeines Anbringen	-		BKA	CIO, Länder, Städte, Gemeinden		Gemeinsam
Q-EK	Virtuelles e-Government-Kompetenzzentrum	-		Stmk.	Bund, Länder, Städte, Gemeinden, Körperschaften öff. Rechts		Gemeinsam
Q-EIAK	Umsetzen des elektronischen Aktes (ELAK) in der Bundesverwaltung	-		BKA	Alle Ministerien	Länder, Städte, Gemeinden	Gemeinsam
Q-EPV	Erweiterter Portalverbund für Partner	-		Wien	CIO, Ministerien, Länder, Wirtschaftskammer	Firmen, Schulen	Gemeinsam
Q-GIS	Geoinformationen	-		Tirol	CIO, Städte, Gemeinden, Plattform Geodatenpolitik, BEV	techn. e-Gov Länderarbeitsgruppe	Gemeinsam

Übersicht Masterplan "e-Government"

Kürzel	Themenbereich / Projektvorhaben	Status*	Geplantes Ende der lfd. Phase	Projekt-leitung	Projekt-mitarbeit	Projekt-schnittstelle	Art des Projekt-vorhabens
Q-Help	Informations- und Transaktionsportal Help.gv	-		help.gv	CIO, Länder, Städte, Gemeinden		Gemeinsam
Q-ID	Identifikation / Personenbindung (Vereine, Firmen) / EU-Bürger / MOA	-		BKA/VD	CIO, BMI, BMJ, BKA/VD, Länder		Gemeinsam
Q-KA	Kommunikationsarchitektur	-		CIO	Länder, Städte, Gemeinden, externe Partner		Gemeinsam
Q-OR	Umsetzen eines Registers für Organisationen	-		BMF	BKA/VD, BMI, BMJ, BMGF, BMLFUW, BMWA, Länder, WKÖ		Gemeinsam
Q-Pay	e-Payment	-		CIO	Länder, Gemeinden, Städte, Anbieter von Zahlungssystemen	BMF	Gemeinsam
Q-PR	Programmier-Standards (Gemeinsame Module)	-		Tirol	Länder, Städte, Gemeinden, CIO, Wirtschaftskammer (Open Source)		Gemeinsam
Q-Reg	Anwendungen des Bundes, Ländern und Gemeinden im behördeninternen Portalverbund	-		CIO	Ministerien, Länder, Städte, Gemeinden	BEV, Statistik Austria, BRZ	Gemeinsam
Q-SG	Formular Styleguide	-		Wien	Länder, Städte, CIO	Körperschaften öffentl. Rechts	Gemeinsam
Q-SI	Sicherheits-Management	-		CIO	Bund, Länder, Städte, Gemeinden	A-Sit	Gemeinsam
Q-SK	Serverkomponenten zur Signatur	-		CIO	BMF		Gemeinsam

Übersicht Masterplan "e-Government"

Kürzel	Themenbereich / Projektvorhaben	Status*	Geplantes Ende der lfd. Phase	Projekt-leitung	Projekt-mitarbeit	Projekt-schnittstelle	Art des Projekt-vorhabens
Q-VD	Umsetzung Verzeichnisdienst	-		CIO	Länder, LFRZ, Städte, Gemeinden		Gemeinsam
Q-ZU	Elektronische Zustellung	-		Tirol	BKA/VD, CIO, Länder, BRZG		Gemeinsam
A	Arbeit						
BW	Bauen und Wohnen						
BW-GWR	Gebäude- und Wohnungsregister	-		Statistik Austria	Städte, Gemeinden, BMI/ZMR	BEV	Gemeinsam
BF	Bildung und Forschung						
EA	Europa und Außenbeziehungen						
GB	Gerichtsbarkeit						
GS	Gesellschaft und Soziales						
GH	Gesundheit						
GH-REZ	Rezept elektronisch ausgestellt	-		BMGF	KH-Träger, Ärztekammer, Apothekerkammer, Sozialversicherung	SV-ChipBE	Gemeinsam
K	Kultur						
LF	Land- und Forstwirtschaft						
LV	Landesverteidigung						
SO	Sicherheit und Ordnung						
SO-FIS	Fremdeninformationssystem	-		BMI	BMAA, Länder, Städte, Partner, Caritas, Flüchtlingshilfe, etc.	ZMR, Urkundenregister, humanitäre Einrichtungen	Gemeinsam
SO-VW	Vereinsregister	-		BMI	Länder		Gemeinsam
SF	Sport und Freizeit						
SA	Steuern und Abgaben						

Übersicht Masterplan "e-Government"

Kürzel	Themenbereich / Projektvorhaben	Status*	Geplantes Ende der lfd. Phase	Projekt-leitung	Projekt-mitarbeit	Projekt-schnittstelle	Art des Projekt-vorhabens
SA-BS	Integration der MOA ID / Integration der Bescheidsignatur	-		BMF	CIO		Bund
U	Umwelt						
VT	Verkehr und Telekommunikation						
VT-STVO	§90 StVO Bewilligung für Arbeiten auf oder neben der Strasse	-		NOE	Länder, BMWA, Städte und Gemeinden		Gemeinsam
WT	Wirtschaft und Tourismus						
WT-GB	Gewerbeverfahren	-		Stmk.	BMWA, Länder, Magistrate, Wirtschaftskammer, BMJ	BMF, BMI, Hauptverband der SV	Gemeinsam
ZP	Zu meiner Person						
ZP-BS	Bevölkerungsstatistik / ZMR-Summenabfrage nach Gemeinden	-		Stmk.	BMI, Länder	Statistik Austria, evtl. Landesstatistiken	Gemeinsam
ZP-FS	Bürgerkartentauglicher Personalausweis, Führerschein	-		BMI	BMVIT, CIO		Gemeinsam
ZP-MB	Meldebestätigung	-		Wien	CIO, ZMR, help.gv.at, Städte, Gemeinden, Anbieter v. Zahlungsdiensten	BMI	Gemeinsam
ZP-UR	Urkundenregister	-		BMI	BKA, Länder, Städte, Gemeinden	BMBWK	Gemeinsam
FR	Finanzen und Rechnungswesen						
GA	Gemeindeaufsicht						
IT	Informationstechnik						
IZ	Interne und zentrale Dienste						
OI	Öffentlichkeitsarbeit und Informationswesen						
P	Personal						
R	Rechtsdienste						

Übersicht Masterplan "e-Government"

Kürzel	Themenbereich / Projektvorhaben	Status*	Geplantes Ende der lfd. Phase	Projekt- leitung	Projekt- mitarbeit	Projekt- schnittstelle	Art des Projekt- vorhabens
--------	---------------------------------	---------	-------------------------------	------------------	--------------------	------------------------	----------------------------

*Legende zum Status:

Phase I:	
Inhalt:	Sammeln von Vorschlägen, Beschreiben und Aufbereiten für die Abstimmung mit dem e-Cooperation-Board.
Abschluss:	Freigabe durch das operative Kernteam an das Cooperation Board

Phase II:	
Inhalt:	Informationsfluss, etwaige weitere Abstimmung und Übermittlung an e-Cooperation-Board
Abschluss:	Freigabe durch das e-Cooperation-Board

Phase III:	
Inhalt:	Erarbeitung der detaillierten Projektaufträge (=Umsetzungsfahrpläne insbesondere finanzielle und personelle Ressourcen, genauer Terminplan, Rahmenbedingungen etc.); Zusammenfassung der Einzelpläne als Roadmap; Übermittlung an e-Government-Plattform
Abschluss:	Freigabe durch e-Government-Plattform

Phase IV:	Grobkonzept für die Umsetzung
Phase V:	Detaillkonzept für die Umsetzung
Phase VI:	Implementierung, Installation
Phase VII:	Evaluierung

Derzeitiger Farbencode (bis Status und geplantes Ende der lfd. Phase finalisiert sind):

Grün:	Projektvorhaben bereits umgesetzt.
-------	------------------------------------

Rot:	Projektvorhaben bereits begonnen.
------	-----------------------------------

Blau:	Projektvorhaben sollte dringend begonnen werden.
-------	--

Masterplan "e-Government"

-		
	Grundsätze	
Projektvorhaben	Finanzierungsmodelle für gemeinsame e-Government-Projekte	G-KOS
Problemerkfassung	Generell tragen die Organisationen ihren Aufwand selbst. Sie erhalten Mittel aus dem Finanzausgleich oder eigenen Einnahmen. Für den umfassenden Einsatz von e-Government zu den BürgerInnen und zur Wirtschaft sowie zwischen den Verwaltungen werden sowohl einheitliche Grundbausteine als auch abgestimmte Lösungen bei übergreifenden Anwendungen (z.B.: ZMR, Grundbuch, Urkundenregister) benötigt. Dabei werden die Kosten für den Aufbau und Betrieb oft nicht bei den Organisationseinheiten anfallen, die auch den Nutzen haben. Die Verrechnung hoher Sätze für die Nutzung zentraler Systeme bringt neben dem administrativen Aufwand auch einen negativen Effekt auf die Nutzung wichtiger bereits vorliegender Informationen.	
Ziel	Lösungsansätze für die Kostentragung, die die notwendige übergreifende Zusammenarbeit fördern.	
Notwendige Schritte	<ul style="list-style-type: none"> - Sichtung und Zusammenstellung typischer Problemfälle - Kriterien (Checklisten) für die Ermittlung der Aufwendungen - Kriterien für die Ermittlung des Nutzenpotenziale vor allem der Synergien - Lösungsmuster für Kostentragung 	
Nutzen	Kostenregelung ist Grundlage für die Umsetzung von e-Government-Projekten	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	hoch	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte		
Priorität	hoch	
Projektleitung	Exekutivsekretär	
Projektmitarbeit	CIO, BMF, Länder, Städte, Gemeinden	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	10/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Grundsätze	G-OS
	Umsetzung der Online Strategien	
Problemerkfassung	Das IKT-Board und die Länder haben sich mit Online Strategien für e-Government beschäftigt. Diese Strategien wurden mit der Wirtschaft diskutiert und decken gemeinsam den Großteil von e-Government ab. Viele dieser Strategien entfalten ihr volles Potential erst bei entsprechend breitem Einsatz. Nicht alle Verwaltungsorganisationen haben sich aber zu einer Umsetzung kommitiert.	
Ziel	Flächendeckende Umsetzung der Online Strategien. Nur durch Verständigung auf gemeinsame Standards kann eine Kommunikation zwischen Organisationen stattfinden, ohne die Kommunikation in babylonischer Vielfalt zu ersticken. Eine gemeinsame Infrastruktur ist die Basis eines soliden und dynamischen e-Government.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verständigung von Grundsatzstrategien 2. Dokumentation und Publikation der Resultate 3. Procedere für die Weiterentwicklung 4. Neue Applikationen/Verfahren nur noch stratgiekonform umsetzen 5. Wichtige bestehende Applikationen strategiekonform machen 6. Zusammenarbeit und Feedback intensivieren 	
Nutzen	Große Einsparpotentiale bei Entwicklung. Ermöglichung der organisationsübergreifenden Integrierung der Systeme - schnellere, schlankere Verfahren.	
Bürger	niedrig	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	niedrig	
Priorität	hoch	
Projektleitung	Wien	
Projektmitarbeit	CIO, Länder, Städte, Gemeinden	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	
	Grundsätze
Projektvorhaben	Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen / e-Government Gesetz G-RB
Problemerkfassung	Einerseits sind bestehende Gesetze und Verordnungen teilweise auf den Papierprozess zugeschnitten (z.B. Formvorschriften) bzw. behindern eine durch die elektronische Abarbeitung mögliche Verwaltungsvereinfachung. Andererseits agieren viele innovative e-Government Projekte in einer rechtlichen Grauzone. Die Technik birgt auch die Gefahr, dass neuen Barrieren für eine rasche Verbreitung von e-Government geschaffen werden, die im Interesse der Bürgernähe zu vermeiden sind.
Ziel	Schaffung einer einheitlichen rechtlichen Grundlage für zentrale Themen des e-Government (z.B. Identifikation, verschiedene Register, Zustellung, ...). Abschaffung von Hürden bei der Umsetzung (z.B. Formvorschriften). Nach Maßgabe der Rahmenbedingungen als eigenständiger Rechtskörper, da eine Anpassung aller betroffenen Materiengesetze nicht rasch genug erfolgen kann. Zentrale Materiengesetze werden novelliert. In den relevanten Materiengesetzen die notwendigen Anpassungen für ein möglichst schlankes e-Government schaffen. Möglichst viele Verfahren als Ein-Parteien Antragsverfahren zugänglich machen und Abwicklungsbestimmungen und Abwicklung nach Möglichkeit vereinfachen.
Notwendige Schritte	1. Entwürfe eines e-Government-Gesetzes sowie flankierend dazu leicht anzupassender Verwaltungsverordnungen. 2. Überprüfung der Materiengesetze auf e-Government Konformität, bspw. In Hinblick auf Gebühren, Beilagen, Fristen.
Nutzen	Übersichtlichkeit und bessere Berücksichtigung sich rasch ändernder technischer Details; Verwaltungsvereinfachung. Durch das e-Government Gesetz und die Anpassungen der Materiengesetze wird die Grundlage für das Funktionieren der Verfahren und die Akzeptanz von e-Government für die Bürger geschaffen.
Bürger	mittel
Wirtschaft	mittel
Verwaltung	hoch
Andere Beteiligte	-
Priorität	hoch
Projektleitung	BKA/VD
Projektmitarbeit	CIO, Ministerien, Länder, Städte, Gemeinden
Schnittstelle	
EU-Nr.	
Umsetzungsfahrplan bis	06/2003
Anmerkungen	Ausreichender Zeitraum für Begutachtung (mindestens 6 Wochen)

Masterplan "e-Government"

-		
Projektvorhaben	Grundsätze	G-VZ
	Vereinfachter Verfahrenszugang für Bürger und Wirtschaft	
Problemerkfassung	Verwaltungsleistungen müssen – herkömmlich wie elektronisch – so bürgernah und bürgerfreundlich wie möglich abgewickelt werden. Ängste und Sorgen der Bürger im Umgang mit den Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation müssen entkräftet werden. Der kompetente Ansprechpartner muss dem Bürger zur Verfügung stehen. Die derzeitigen Links zwischen den Portalen sind aufwändig zu warten und führen zu schlechter Qualität.	
Ziel	Bei der für das Verfahren bzw. die Leistung zuständigen Gebietskörperschaft (Behörde) findet der Zugang zum und die Abwicklung des elektronischen Verfahrens statt. Portale - wie z.B. help.gv oder Länderportale bieten auf Basis vereinbarter Verfahrens- und Leistungsbereiche bzw. Lebenssituationen Informationen über Verwaltungsleistungen an und führen über Links zur gesamten Verfahrensdurchführung zu den dezentralen e-Government Lösungen.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Neben den abgestimmten Verfahrens- und Leistungsbereichen sind Lebenssituationen zu erheben. 2. Erhebung der Rahmenbedingungen für dezentrale Verfahrensabwicklung durch Standards, neues Linkkonzept auf Basis der Verfahrensbereiche und der Lebenssituationen 3. Umsetzung 	
Nutzen	Transparenz der Verwaltungsleistungen. Dezentrale Lösungen unterstützen Bürgernähe und Qualität.	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	hoch	
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	-	
Priorität	hoch	
Projektleitung	Steiermark	
Projektmitarbeit	help, Länder, Städte, Gemeinden	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	09/2003	
Anmerkungen	Unterschiedliche Ansätze für Länder und Gemeinden	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Bürgerbeteiligung	BB-VB
	Umsetzen des elektronischen Volksbegehrens	
Problemerkfassung	Volksbegehren bzw. Volksbefragungen sind ein wichtiges demokratiepolitisches Instrument. Das derzeitige Vorgehen kann im Sinne der Bürgernähe und Einfachheit mithilfe von e-Government eine stärkere Einbindung der Bürger in den politischen Prozess auf kommunaler wie nationaler Ebene fördern.	
Ziel	Volksbegehren und Volksbefragungen auch elektronisch anzubieten. Höhere Bürgerbeteiligung, bessere Identifikation der Bürger mit den politischen Inhalten, regere Teilnahme am politischen Prozess.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Überprüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen. 2. Spezifikation der Anforderungen, des Prozesses und der Schnittstellen 3. Entwicklung 4. Pilotversuche 5. Breiter Einsatz 	
Nutzen	Zusätzliche Möglichkeit für Bürger, höhere Beteiligung bei Volksbegehren, Verwaltung & Politik werden greifbarer/bürgernäher. E-Governance	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	-	
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	-	
Priorität	mittel	
Projektleitung	BKA	
Projektmitarbeit	BMI, Länder, Städte, Gemeinden	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-		
Projektvorhaben	Bürgerbeteiligung	BB-FOR
	Forum e-Government, strukturierte Diskussionsformulare	
Problemerkfassung	Bürgerbeteiligung ist eine der wesentlichen Stärken des Internet. Politik und Verwaltung können aus derartiger Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger besonders profitieren. Unstrukturierte Methoden wie Chatrooms sind dafür nicht geeignet. Es kann dies nur in geordneter Weise umgesetzt werden, wozu sich eine Struktur auf Web Formularbasis anbietet.	
Ziel	Schaffung einer Infrastruktur, die bei Bedarf der Einrichtung von Bürgerforen einfach parametrisiert und aktiviert werden kann	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Umsetzen von generischen Formularen, 2. professionelle Diskussionsbegleitung 3. Einrichten von Mechanismen des Content Managements 4. Sicherstellen der Fairness 	
Nutzen	verbesserte Bürgerbeteiligung, Minimierung der Kosten	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	niedrig	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	-	
Priorität	mittel	
Projektleitung	Wien	
Projektmitarbeit	Länder, Bund	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-AR
Problemerkfassung	<p>Derzeit gibt es eine Reihe von Adressregistern (Gebäude- und Wohnungsregister - in Planung, Zentrales Melderegister, Zustellsystem der Post AG, lokale Register der Gemeinden). Der Abgleich dieser Systeme erfordert einen hohen Aufwand, die Qualität ist schlecht. Darüber hinaus gibt es keine Schnittstellen, über die aus Anwendungen zugegriffen werden kann.</p> <p>Zeitliche Dringlichkeit weil GWR (Gebäude- und Wohnungsregister) bereits weitgehend fertig.</p>	
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung eines einzigen konsolidierten Adressregisters - Definition von Schnittstellen, damit aus anderen e-Government-Anwendungen zugegriffen werden kann - Ummeldungen nur auf konsolidierte Adressen - Zugriff über den Portalverbund/Kommunikationsarchitektur - neue Adress-Systematik für Zustellungen 	
Notwendige Schritte	<ul style="list-style-type: none"> - dringliche Analyse der betroffenen Prozesse (Vergabe von Straßenbezeichnungen und Hausnummern, Ummeldung, Datenerhebung für Gebäudestatistik usw.) - Festlegung, wie und wo das österreichweit authentische Adressregister geführt wird (Beachtung sinnvoller Synergien mit bestehenden Systemen (z.B. GWR)) - Festlegung von Schnittstellen (Portalverbund, Kommunikationsarchitektur) 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Hohe Adressqualität für e-Government - Adressverifizierung und Suchhilfe für e-Government-Anwendungen - Weniger Aufwand für Gemeinden und Zustellung 	
Bürger	niedrig	
Wirtschaft	niedrig	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	hoch	
Projektleitung	Wien	
Projektmitarbeit	BKA, StatÖ, CIO, BMWA, BEV, BMI, Gemeinden, Städte, Länder	
Schnittstelle	Zusteller	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	08/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-ARCH
Problemerkfassung	Langzeitarchivierung	
	Die Systeme und Anwendungen der IT sind einem raschen Wandel unterworfen. Datenträger und Datenformate sind oft schon nach 5 Jahren nicht mehr lesbar. Akten und Erledigungen der Verwaltung sichern einen Rechtsbestand, der oft über Jahrzehnte relevant ist.	
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherstellen, dass digital gespeicherte Informationen der Verwaltung auch nach langen Zeiträumen noch gelesen und weiterverarbeitet werden können. - Sicherstellen dass die Datenbestände unverändert bleiben 	
Notwendige Schritte	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbereiten des gegebenen Standes der Technik - Vorschlag von Standard für Dokumente und Dateien - Standard für Übergaben von Dateien an Archive (Daten und Metadaten) - Berücksichtigung der unterschiedlichen ELAK-Aktivitäten der Verwaltung 	
Nutzen	Verfügbarkeit der Daten weiterhin sicherstellen	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	hoch	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	hoch (Nebennutzen auch für Anwendungen der Wirtschaft)	
Priorität	hoch	
Projektleitung	BKA/VD	
Projektmitarbeit	Bund, Länder, Gemeinden, Wirtschaft (best practice), Höchstgerichte	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen	auf Basis EDIAKT	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-AS
	Amtssignatur	
Problemerkfassung	Nach der geltenden Rechtslage bedürfen Ausfertigungen, die mit automationsunterstützter Datenverarbeitung erstellt werden oder durch Übermittlung mit automationsunterstützter Datenverarbeitung zugestellt werden, weder einer persönlichen Fertigung noch einer Beglaubigung. Mittlerweile verfügen viele Personen über die Technik Ausfertigungen von Erledigungen mit "amtlichem Aussehen" am PC zu erstellen. Dazu kommt, dass bei elektronischer Übertragung nur mehr digitale Daten übertragen werden, die vom Empfänger auch gespeichert und als Erledigung verwendet werden können. Damit ist eine Manipulation von behördlichen Erledigungen leicht möglich.	
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherstellung der Authentizität elektronischer Erledigungen (Fälschungssicherheit erhöhen) - Auch in jenen B6 wo dies nicht möglich war, sollen elektronische Erledigungen wie Papiererledigungen weiterverwendet werden können. - Bisherige Möglichkeiten der Formfreiheit sollen erhalten bleiben. 	
Notwendige Schritte	<ul style="list-style-type: none"> - Installation von Signatur-Servern bei öffentlichen Einrichtungen - Aufbau interner Berechtigungssysteme für den Zugang zu den Signaturservern - Vergabe von Server-Zertifikaten 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - erhöhte Fälschungssicherheit - Verwendung digitaler Urkunden in behördlichen Verfahren, aber auch im Privatleben z.B. Bewerbungen, etc. 	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	hoch	
Projektleitung	CIO	
Projektmitarbeit	Länder, Städte, Gemeinden	
Schnittstelle	Notariatskammer	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	06/2003	
Anmerkungen	siehe elektronische Zustellung	

Masterplan "e-Government"

-	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien Authentifikation Q-AU
Problemerkfassung	Für den elektronischen Zugang zur Verwaltung muss sichergestellt werden können, von welcher Person die Aktionen stammen. Bisher wurde dabei der Personenbindungsdatensatz in Verbindung mit der elektronischen Signatur forciert. In der praktischen Umsetzung ergeben sich dabei aber erhebliche Probleme: mangelnde Verbreitung der Infrastruktur (Karten und Kartenleser), Kosten für den Bürger, aufwändige Bedienung.
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung der Möglichkeit einer einheitlichen elektronischen Authentifikation für eine Person. - Umsetzungsplan für die sichere elektronische Signatur ausarbeiten (einschließlich Marketing ...) - Alternativ-Szenarien (UID/PWD, Antragsdaten) für Verfahren, wo die hohe Qualität der Authentifizierung nicht erforderlich ist (Familienpass...)
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Weg zur sicheren elektronischen Signatur vorzeichnen und stufenweise verfolgen (Verwaltungssignatur, Maßnahmen zur Verbreitung) 2. Alternativszenarien festlegen. 3. Verfahren ermitteln, wo die Alternativszenarien zur Anwendung kommen können
Nutzen	Basistechnologie, Grundlage für alle Arten von Verfahren
Bürger	niedrig
Wirtschaft	mittel
Verwaltung	hoch
Andere Beteiligte	mittel
Priorität	hoch
Projektleitung	CIO
Projektmitarbeit	BKA/VD, Länder
Schnittstelle	
EU-Nr.	
Umsetzungsfahrplan bis	07/2003
Anmerkungen	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterie	Q-AW
Problemerkfassung	e-Government-AWARD - Wettbewerb der besten Lösungen	
Ziel	Ohne Wettbewerb fehlen ausreichende Anreize für die Entwicklung herausragender e-Government-Anwendungen. Auswahl und Auszeichnung von e-Government-Anwendungen mit AWARD. Basis für das EU-Benchmarking hinsichtlich Qualität und Akzeptanz.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Festlegung, ob und was einem Monitoring bzw. Benchmarking unterzogen werden soll 2. Marketingkonzept 3. Einrichtung eines AWARD nach festzulegenden Kategorien 4. Start des 1. Bewerbs noch 2003 	
Nutzen	Gemeinsames Marketing, Stärkung der e-Government-Idee, Wettbewerb	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	mittel	
Projektleitung	CIO	
Projektmitarbeit	Bund, Länder, Städte, Gemeinden	
Schnittstelle	Sponsoren, Firmen	
EU-Nr.	relevant	
Umsetzungsfahrplan bis	10/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-		
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-BS
	Einheitliche XML-Struktur für Bescheide	
Problemerkfassung	Unterschiedliche Formate für Bescheide behindern eine Formalisierung und Automatisierung des Informationsaustausches zw. Bürger und Behörde bzw. G2G und damit eine durchgängige Umsetzung von e-Government	
Ziel	Empfehlung für eine Einheitliche XML-Struktur für elektronisch übermittelbare Bescheide und Spezifikation zwecks Usability und Wieder- bzw. Weiterverwendbarkeit von Behörden-Erledigungen.	
Notwendige Schritte	Validierung des Vorschlags der IKT-Stabstelle in der Version V.09 durch Länder, Städte und Gemeinden (Umsetzung der technologischen Richtlinien; Prüfung und Überprüfung der Bescheid-Bestandteile und der Metadaten)	
Nutzen	Reduzierung von Medienbrüchen; automatisierbare Verwendung von Verfahrens-Ergebnissen; Verwaltungsvereinfachung; Erhöhung des Bürgerkomforts; Erreichung von Rationalisierungseffekten. Speziell bei Bescheiden, welche elektronisch weiterverarbeitet werden, ergibt sich ein hoher Nutzen	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	mittel	
Projektleitung	CIO	
Projektmitarbeit	BMW, BMJ, BMF, Länder, Städte und Gemeinden	
Schnittstelle	EDIAKT, Zustellung, Kommunikationsarchitektur, OLAPP	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	09/2003	
Anmerkungen	Akkordierung mit Ländern und IKT-Board notwendig - Muster-Implementierung im BMW (PaWA) erfolgt. Im Falle bestehender Applikationen bedingt die Umsetzung der Empfehlung einen Eingriff. Diese kann daher nur schrittweise erfolgen.	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-BT
	Besserer Zugang zum Netz	
Problemerkfassung	<p>1. Wenn auch der Zugang zum Internet und damit zur Verwaltung über Terminals in privaten Haushalten und Firmen schon weit verbreitet ist, wird es auch weiterhin Personen geben, die über keinen eigenen Zugang verfügen. Diese sollen jedoch von diesem Medium nicht ausgeschlossen werden, zumal über die schulische Ausbildung nahe zu alle die entsprechenden Kenntnisse erlangen werden.</p> <p>2. Die steigenden Mobilität erfordert flexible breitbandige Netzzugänge</p>	
Ziel	<p>1. Möglichkeit des Zuganges zur Verwaltung für möglichst viele Bürger.</p> <p>2. Möglichkeit des Zuganges zum Internet unabhängig von fixen Anbindungen</p>	
Notwendige Schritte	<p>1. Planung der Installation von frei zugänglichen Internet-Terminals zB in den Foyerbereichen von Behörden bzw. Bürgerbüros, nach Möglichkeit auch mit gewisser Unterstützung bei Fragen (=Public Internet Access Points); Sponsoring anregen.</p> <p>2. Verteilung von Hotspots (Bereiche mit Breitband-Internet-Zugang über Funk) zur mobilen Kommunikation mit dem Internet an wichtigen Zentren über das ganze Land</p>	
Nutzen	<p>Schritt 1: Vermeiden von Digital Divide (2 Klassengesellschaft), mehr Verwaltungswege über das Netz</p> <p>Schritt 2: besserer Zugang, mehr Verwaltungswege über das Netz, aber auch Verbindungen zur Wirtschaft</p>	
Bürger	mittel	
Wirtschaft		
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	mittel (Wirtschaft: aus Schritt 1: mehr Leute im Internet; aus Schritt 2: Verfügbarkeit für Geschäftsleute)	
Priorität	mittel	
Projektleitung	Tirol	
Projektmitarbeit	Bund, Länder, Städte, Gemeinden, externe Firmen	
Schnittstelle	Telekombetreiber	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien Signaturinfrastruktur Q-DS
Problemerkfassung	Für bestimmte Bereiche der e-Government-Umsetzung ist eine breite Infrastruktur, die die elektronische Signatur nach dem Konzept Bürgerkarte unterstützt, notwendig. Der Zugang über Technologien wie UID/PWD ist für Verfahren mit einer großen Nutzerzahl nicht sinnvoll umzusetzen (sowohl aus Sicherheitsgründen wie auch aus Handlinggründen).
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> - Definition alternativer Wege der elektronischen Signatur, die auch ohne Installation und spezielle Technologie (z.B. Kartenleser) auskommen. - Keine zusätzliche Signaturerfordernisse schaffen
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Definition der Verwaltungssignatur (= Signatur für den Zugang zur öffentlichen Verwaltung) 2. Gesetzliche Regelung der Gleichwertigkeit mit der sicheren Signatur für den Verwaltungszugang 3. Umsetzung von Signaturen mit Mobiltelefon 4. Stufenplan bis zur sicheren Signatur in einem Rahmen von ca 10 Jahren
Nutzen	Breiter kostengünstiger Zugang für Bürger und Wirtschaft
Bürger	hoch
Wirtschaft	hoch
Verwaltung	hoch
Andere Beteiligte	
Priorität	hoch
Projektleitung	CIO
Projektmitarbeit	Länder, Städte, Gemeinden
Schnittstelle	Zertifizierungsdiensteanbieter, Mobilfunkbetreiber, Banken, SVChipBE
EU-Nr.	relevant
Umsetzungsfahrplan bis	06/2003
Anmerkungen	siehe auch Vorhaben Authentifikation

Masterplan "e-Government"

-		
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	
	Offizielle elektronische Einlaufadresse / Allgemeines Anbringen	Q-EA
Problemerkfassung	Um bei e-Government rasch Erfolge zu erzielen bzw. die EU-Vorgabe eEurope 2005 einzuhalten ist es notwendig, kleinen oder techn. weniger versierten zuständigen Organisationen die Möglichkeit zur Umsetzung von e-Government zu geben. Die Ressourcen reichen aber nicht aus, um alle Verfahren integriert umzusetzen. Systeme für allgemeine Anbringen können hier als "Auffangbecken" dienen.	
Ziel	Portale sollen eingehende el. Anträge ohne Medienbruch an die zuständigen Organisationen weiterleiten können (el. Einlaufadresse). Damit profitieren alle Organisationen von den Entwicklungen der Portale. Das allgemeine Anbringen dient als Brücke zu bestehender Technologie (z.B. PDF-Formulare) bzw. als Variante für Verfahren, deren Transaktionszahlen für eine integrierte Umsetzung nicht wirtschaftlich sind.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Festlegen der möglichen Einlaufadressen 2. Umsetzen der Einlauf-Adressen in Verwaltungsorganisationen 3. Sicherstellung der Bearbeitung eingehender Anträge 4. Aufbau eines Verzeichnisses von Einlaufadressen 5. Bereitstellen der Formulare auf den Portalen 6. Einheitliche Erreichbarkeit der Gemeinden auch über ".gv.at"-e-Mail-Adressen 	
Nutzen	Bürger und Wirtschaft bekommen schnell und unkompliziert die Möglichkeit eine breite Palette von Verfahren elektronisch abzuwickeln. Kleine Verwaltungsorganisationen sind nicht von e-Government ausgeschlossen.	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	hoch	
Projektleitung	BKA	
Projektmitarbeit	CIO, Gemeinden, Länder, Städte	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	10/2003	
Anmerkungen	Projektleitung ist noch abzustimmen. Zuordnung bestehender ".gv.at"-e-Mail-Adressen bleibt davon unberührt.	

Masterplan "e-Government"

Projektvorhaben	Querschnittsmaterien Virtuelles e-Government-Kompetenzzentrum	Q-EK
Problemerkfassung	Eine Reihe von e-Government-Anwendungen können von verschiedensten Ebenen der Verwaltung benutzt werden. Gemeinsame Projekte zwischen verschiedenen Gebietskörperschaften konnten aber bisher nur in vereinzelt Fällen umgesetzt werden. Dasselbe gilt für den Betrieb derartiger Lösungen. Die Finanzierung dieser gemeinsamer Projekte und Anwendungen wird unterschiedlich gehandhabt (Projektbeteiligungen, Transaktionsgebühren, Betriebskostensätze). In den nächsten Monaten sollten für die wesentlichen Maßnahmen des Masterplan Umsetzungspläne vorgelegt werden. Dafür sind ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen notwendig.	
Ziel	Die e-Government Kompetenzen der Verwaltung in Bezug auf Organisation, Recht und Technik sollten gebündelt werden. Für übergreifende Projekte soll ein Konzept für einen einheitlichen organisatorischen Ansatz und einheitliche Finanzierungsmodelle geschaffen werden.	
Notwendige Schritte	<ul style="list-style-type: none"> - Grundsatzvereinbarung über die Organisation und Finanzierung - Machbarkeitsstudie über die organisatorische Verankerung eines e-Government-Kompetenzzentrums unter Berücksichtigung bestehender Strukturen bzw. eines Expertenpools 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Stimulierung gemeinsamer Ansätze - Konsolidierte e-Government-Anwendungen - Höhere Integration 	
Bürger	niedrig	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	niedrig	
Priorität	hoch	
Projektleitung	Stmk.	
Projektmitarbeit	Bund, Länder, Städte, Gemeinden, Körperschaften öffentlichen Rechts	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	07/2003	
Anmerkungen	Teil der Umsetzung des e-Government-Masterplan	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien Umsetzen des elektronischen Aktes (ELAK) in der Bundesverwaltung	
	Q-EIAK	
Problemerkfassung	Der Einsatz unterschiedlicher Workflow-Systeme in der Bundesverwaltung ist kostenintensiv und erschwert eine durchgehende transparente Kommunikation zw. den verwaltungsinternen Back-Office-Systemen, wodurch die Umsetzung eines One-Stop-Government behindert wird.	
Ziel	Einsatz eines bundesweit einheitlichen elektronischen Aktensystems ist ein wesentlicher Schritt zu einer bundesweit einheitlichen Infrastruktur und der damit verbundenen Möglichkeiten der Reorganisation von internen Verwaltungsabläufen gesetzt worden. Eine einheitliche Planung beim Roll-Out in den einzelnen Ressorts und die Abstimmung bei der Integration mit den entsprechenden Funktionen stellen die Probleme.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. ELAK Projekt 2. ELAK Rollout 3. Elektronischer Einlauf 4. Zahlungssystemanbindung 5. Verzeichnisdiensteanbindung 6. Kopplung elektronische Zustellung 7. Archivierung und Vorlage bei Höchstgerichten 8. Realisierung der zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vereinbarten Schnittstellen (EDIAKT, Kommunikationsarchitektur) 	
Nutzen	Verwaltungsvereinfachung. Reduzierte Durchlaufzeiten als Standortvorteil. Großes Sparpotential auf Seiten der Verwaltung. Ermöglichen einer zeitnahen Einschau in den Verfahrensstatus für Verfahrensbeteiligte.	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	niedrig	
Priorität	hoch	
Projektleitung	BKA (für den Bund)	
Projektmitarbeit	Alle Ministerien	
Schnittstelle	Länder, Städte, Gemeinden	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen	Neben dem Bundeselak sind die gleichen Anstrengungen auch in den Ländern Städten und Gemeinden notwendig.	

Masterplan "e-Government"

-		
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-EPV
	Erweiterter Portalverbund für Partner	
Problemerkfassung	Eine Reihe von Verwaltungseinheiten stellt Firmen und sonstigen Organisationen e-Government-Anwendungen zur Verfügung. Um den Zugriff zu regeln, werden diese Organisationen und deren Mitarbeiter registriert. Mit zunehmender Dichte von Anwendungen ist mit Mehrfachregistrierungen zu rechnen. Damit entsteht hoher Aufwand und das Problem mehrerer Konten für die Benutzer sowie eine uneinheitliche Rechtevergabe.	
Ziel	Anwendung der Methode des behördeninternen Portalverbunds auf Partner-Organisationen. Definition von Sicherheitszonen für <ul style="list-style-type: none"> - Firmen - Schulen - Körperschaften öffentlichen Rechts. Alle Anwendungen der öffentlichen Verwaltung sind im Portalverbund von einer Stelle aus erreichbar.	
Notwendige Schritte	<ul style="list-style-type: none"> - Festlegung, wer für welche Zonen Stammportalfunktionen ausführt - Adaptierung des Portalvertrags für die jeweiligen Sicherheitszonen - Definition technischer Maßnahmen für die Sicherheitszonen 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Einmalige Registrierung für Partnerorganisationen - Delegierte Benutzer- und Rechteverwaltung - Leichtere Nutzbarkeit für die Partnerorganisationen 	
Bürger	keine	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	mittel	
Projektleitung	Wien	
Projektmitarbeit	CIO, Ministerien, Länder, Wirtschaftskammer	
Schnittstelle	Firmen, Schulen	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	09/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien Geoinformationen Q-GIS
Problemerkfassung	Geodaten als Grundlage für digitale Pläne und Karten stellen ein bedeutendes Wertschöpfungspotential im öffentlichen Bereich dar. 80% der behördlichen Unterlagen weisen einen Ortsbezug auf, der häufig über eine Adressangabe weit hinaus geht. Der Austausch dieser Geodaten zwischen den Gebietskörperschaften aber auch zwischen öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft bzw. den Bürgern erfolgt immer mehr auf elektronischem Weg.
Ziel	Schaffung einheitlicher Standards für den Zugang zu und den Austausch von Geodaten und -Informationen. Abstimmung der derzeit unterschiedlichen Praktiken.
Notwendige Schritte	<ul style="list-style-type: none"> - Festlegung eines definierten Informationsaustausches zwischen der eGovernment-Arbeitgruppe und der Plattform Geodatenpolitik. - Erhebung der heterogenen Ist-Situation. - Erstellen eines Abstimmungs-Maßnahmekatalogs.
Nutzen	Laut PIRA Studie im Auftrag der EK vom Sept. 2000 beträgt der ökonomische Wert der Geoinformationen mit 35,8 Mrd EUR 52% der gesamten Public Sector Information. Eine abgestimmter Zugang zu diesem Wertschöpfungspotential erhöht maßgeblich den Nutzen.
Bürger	mittel
Wirtschaft	hoch
Verwaltung	hoch
Andere Beteiligte	mittel
Priorität	hoch
Projektleitung	Tirol
Projektmitarbeit	CIO, Städte, Gemeinden, Plattform Geodatenpolitik, BEV
Schnittstelle	technische e-Government Länderarbeitsgruppe
EU-Nr.	
Umsetzungsfahrplan bis	11/2003
Anmerkungen	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
	Querschnittsmaterien	Q-Help
Projektvorhaben	Informations- und Transaktionsportal help.gv	
Problemerkfassung	e-Government wird von verschiedensten Behörden angeboten. Bürgerinnen, Bürgern und der Wirtschaft müssen derzeit über einzelne Behördenkompetenzen Bescheid wissen, um Online-Verfahren durchführen zu können.	
Ziel	Bürgerinnen, Bürgern und der Wirtschaft soll ein einfacher Zugang zu Online-Transaktionen der öffentlichen Verwaltung sowohl über die Anwendungsportale als auch über help.gv.at angeboten werden.	
Notwendige Schritte	Einfache Navigation zu Online-Verfahren, Umsetzung der Kommunikations- und Sicherheits-Komponenten für Online-Transaktionen (z.B. XML-Formulare, Bürgerkarte, Bürgerkarte Light, e-Payment, Behördensignatur), gebiets- und lebenssituationsbezogene Suche	
Nutzen	Einfache Heranführung der Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft an Behördenverfahren im Internet, höhere Usability, Kostenersparnisse für Behörden durch Koordination.	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	hoch	
Priorität	hoch	
Projektleitung	help.gv	
Projektmitarbeit	CIO, Länder, Städte, Gemeinden	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen	Berücksichtigung von G-VZ und Q-KA	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
	Querschnittsmaterien	
Projektvorhaben	Identifikation / Personenbindung (Vereine, Firmen) / EU-Bürger / MOA	
		Q-ID
Problemerkfassung	Im elektronischen Verfahren ist eine richtige Identifikation der Parteien (natürliche und juristische Personen) notwendig: für die Zuordnung der Vorbringen zu vorhergehenden Verfahren, die Beschaffung bereits vorliegender Informationen, die Gewährung von Akteneinsicht und die Zustellung.	
Ziel	Festlegung der Identifikation für 1. natürliche Personen (steht mit der ZMR-Zahl schon fest) 2. Firmen, die im Firmenbuch eingetragen sind (Firmenbuchnummer) 3. Vereine (ZVR-Zahl aus dem zentralen Vereinsregister) 4. weitere Rechtspersonen (Länder, Gemeinden, Kammern, Weggemeinschaften ...) 5. Festlegung der Abbildung der Vertretungsmacht für die Organwalter bei den juristischen Personen	
Notwendige Schritte	verbindliches Konzept zu 2 - 5: - eindeutige Identifikation - Ausstellung dieser Identifikation bzw. der Vertretungsmacht - Bildung einer Ableitung je Verfahrensbereich - Transformation der Ableitung in einen anderen Verfahrensbereich durch das jeweilige Register - Schaffung der Rechtsgrundlagen	
Nutzen	Grundlage für alle Arten von Verfahren	
Bürger	niedrig	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	-	
Priorität	hoch	
Projektleitung	BKA/VD	
Projektmitarbeit	CIO, BMI, BMJ, BKA/VD, Länder	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	08/2003	
Anmerkungen	Eine Reihe von Verfahren benötigt keine Identifikation im Sinne einer abgeleiteten ZMR-Zahl (Bäderpass, Familienpass). Für weitere Verfahren wird im Verfahren eine Identifikation gebildet werden. Diese kann als Folge einer ZMR-Abfrage oder durch Vorlage einer Bürgerkarte gebildet werden; siehe Q-OR	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-KA
Problemerkfassung	<p>Eine elektronische Unterstützung von Verwaltungsaufgaben bietet im Sinne der Bürgerfreundlichkeit die Chance, auf die Vorlage von Nachweisdokumenten (Urkunden, Bestätigungen, etc.) durch den Bürger verzichten zu können. Der Einblick durch den Sachbearbeiter in verschiedene Anwendungen kann nur ein erster Schritt sein. Der Verwaltungsaufwand kann nur durch direkte Kopplung unterschiedlicher zentraler und dezentraler e-Government-Systeme (Fachinformationssystem, ELAK, zentrale Register usw.) stark gesenkt werden: Unterschiedliche Schnittstellen zwischen diesen Systemen haben hohe Kosten zur Folge, was die Umsetzung integrierter Lösungen behindert oder überhaupt unmöglich macht.</p>	
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung einer Kommunikationsarchitektur auf Basis bestehender Standards (EDI-AKT, Portalverbund, XML, SOAP usw.) - Definition betriebssystemsunabhängiger Schnittstellen für e-Government-Systeme - Nicht Ziel: Änderung der Verfahrenszuständigkeit 	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erhebung des Bedarfs an Schnittstellen 2. Standards für Datenstrukturen auf XML-Basis. 3. Selektion von Kommunikationsmethoden auf Basis weltweiter Standards 4. Umsetzungsfahrplan der vereinbarten Schnittstellen 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Höherer Komfort und geringerer Aufwand (Systemrealisierung, Verfahrensabwicklung) für die Verwaltung - Höhere Qualität der Lösungen - Schnellere Erledigung für den Bürger 	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	hoch	
Priorität	hoch	
Projektleitung	CIO	
Projektmitarbeit	Länder, Städte, Gemeinden, externe Partner	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	09/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
	Querschnittsmaterien	
Projektvorhaben	Umsetzen eines Registers für Organisationen	Q-OR
Problemerkfassung	Bei der Einbindung von juristischen Personen in automatisierte Verfahren treten grundsätzliche Forderungen der Identifizierbarkeit auf.	
Ziel	Aufbau eines Metaregisters mit einem eindeutig in europäischen Umfeld anwendbaren Basibegriff bzw. gemeinsamen Stammdatenelementen, die in einer standardisierten, einheitlichen Form zur Verfügung stehen.	
Notwendige Schritte	Definition eines Minimumset für Stammdatensatz; Festlegung eines Basisbegriffs (ZB.EAN) und e-Government-Bindung; Einbindung der Mitgliederverzeichnisse; Abstimmung mit Datenschutz; Umsetzung durch eine Organisation als Dienstleister; Berücksichtigung im e-Government-Gesetz. Berücksichtigung der Vorschläge zum Verwaltungskennzeichen.	
Nutzen	Erheblicher Nutzen für die Wirtschaft und Verwaltungsanwendungen; Bereiche die derzeit gar nicht in Registern erfaßt sind können an e-Government teilnehmen.	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	hoch	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	hoch	
Priorität	hoch	
Projektleitung	BMF	
Projektmitarbeit	BKA/VD, BMI, BMJ, BMGF, BMLFUW, BMWA, Länder, WKÖ	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen	siehe auch Q-ID	

Masterplan "e-Government"

Projektvorhaben	Querschnittsmaterie e-Payment	Q-Pay
Problemerkfassung	Weitgehend elektronische Abwicklung ist nur möglich, wenn die elektronische Bezahlungsfunktion einfach und umfassend (alle Kartenarten, alle Banken etc.) in e-Government-Anwendungen eingebunden ist und keine Medienbrüche (Zahlung mit Erlagschein oder bar) gegeben sind. Unterschiedliche Zahlungssysteme (Telebanking, Kreditkarte, POS Transaktionen etc.) haben unterschiedliche Schnittstellen und erhöhen damit die Komplexität der e-Government Lösungen.	
Ziel	Mit EPS 2 steht eine Erweiterung des europäischen Standards zur Verfügung. Die STUZZA hat auf Basis dieser Standards eine abgestimmte technische Spezifikation erarbeitet. Ziel ist die Umsetzung dieses Standards durch die Anbieter von Zahlungssystemen (z.B. Banken) und die öffentliche Verwaltung in allen e-Government Anwendungen.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Festlegung des Standards (EPS 2) und Klärung der Kostenfrage (Disagio) 2. Schnittstelle verfügbar machen, inklusive offizieller Übermittlung an Bund, Länder, Städte und Gemeinden 3. Beispielhafte Einbindung in z.B. Meldebestätigung 4. Buchhalterische Vorgaben der einzelnen Gebietskörperschaften sind zu berücksichtigen 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Einheitliche und leicht handhabbare Bezahlungsfunktion für die Bürger - Weitgehende Automatisierung von e-Government-Anwendungen, keine Medienbrüche durch Zahlung mit Erlagschein etc. - Effizienzsteigerung bei Behördenabwicklung, keine Nachverfolgung von Zahlungen. - Signalwirkung für e-Commerce. 	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	hoch	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	hoch	
Projektleitung	CIO	
Projektmitarbeit	Länder, Gemeinden, Städte, Anbieter von Zahlungssystemen	
Schnittstelle	BMF	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	08/2003	
Anmerkungen	Rasche Realisierung hängt vom Umsetzungszeitplan der Banken ab	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
	Querschnittsmaterien	
Projektvorhaben	Programmier-Standards für Web-Anwendungen (Gemeinsame Module)	Q-PR
Problemerkfassung	Zentrale Anwendungen, Styleguide und Kommunikationsarchitektur sind wichtige Schritte zur Vernetzung im e-Government. Unter den Ländern werden bereits heute IT-Anwendungen ausgetauscht. Die neuen technischen Plattformen mit dem Web-Browser als einheitlichem Benutzer-Interface ermöglichen eine weitergehende Kooperation. Vom CIO-Office werden auch bereits erste zentrale Bausteine für e-Government-Funktionen zur Verfügung gestellt. Open-Source für Anwendungsbausteine gibt es aber noch nicht.	
Ziel	Module oder ganze Anwendungen mit vertretbarem Aufwand übernehmen und einsetzen oder weiterentwickeln	
Notwendige Schritte	<ul style="list-style-type: none"> - Definition von weiteren Standards (Programiersprachen, Klassenbaum Systemplattformen, Datenbanken.....) - Abstimmung in Pilotanwendungen - Kommunikationsplattform über bestehende Anwendungen und geplante Vorhaben 	
Nutzen	Einsparungen bei der Software-Entwicklung	
Bürger	-	
Wirtschaft	-	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	mittel (könnte auch für Wirtschaft von Interesse sein)	
Priorität	mittel	
Projektleitung	Tirol	
Projektmitarbeit	Länder, Städte, Gemeinden, CIO, Wirtschaftskammer (Open-Source)	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	11/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	
	Querschnittsmaterie Q-Reg
Projektvorhaben	Anwendungen von Bund, Ländern und Gemeinden im behördeninternen Portalverbund
Problemerkfassung	Die Festlegungen für den behördeninternen Portalverbund sind erfolgt. ZMR und IDR sind schon im behördeninternen Portalverbund verfügbar. Die Mehrzahl der für e-Government wesentlichen Anwendungen (Gewerberegister, Firmenbuch, Vereinsregister, Grundbuch etc.) sind aber noch nicht in diesem Verbund verfügbar.
Ziel	Es ergibt sich folgende Zielsetzung: Einheitliche Schnittstelle für behördeninternen Registerzugang im Portalverbund und Verfügbarmachung der für das e-Government wesentlichen Anwendungen im behördeninternen Portalverbund.
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erhebung der Register, die in e-Government-Anwendungen angesprochen werden 2. Abstimmung der Priorität der Einbindung 3. Implementierungsplan für wesentliche Register 4. Einheitliche Abfragesystematik für diese Register 5. Einheitlicher Zugang zu Unternehmensdaten (Firmenbuch, ZGR)
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Einheitlicher Behörden-Zugang zu Register - Einheitliche und publizierte Schnittstellen Beschleunigung der Verfahren - Wegfall von Beilagen
Bürger	mittel
Wirtschaft	mittel
Verwaltung	hoch
Andere Beteiligte	mittel
Priorität	hoch
Projektleitung	CIO
Projektmitarbeit	Ministerien, Länder, Städte, Gemeinden
Schnittstelle	BEV, Statistik Austria, BRZ etc.
EU-Nr.	
Umsetzungsfahrplan bis	08/2003
Anmerkungen	

Masterplan "e-Government"

-	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien Formular Styleguide Q-SG
Problemerkfassung	Bürger sind mit einer Vielzahl von verschiedenen Verfahren verschiedener Organisationen konfrontiert. Durch unterschiedliche Benutzerführung, Prozessgestaltung und Stil ist ein ständiges Umdenken und Neulernen notwendig. Es entsteht der Eindruck eines uneinheitlichen Vorgehens seitens der Verwaltung.
Ziel	Einheitliche Gestaltung der Formulare der Verwaltung als Markenzeichen eines koordinierten e-Governments. Kennt ein Bürger ein Formular kann er mit allen umgehen - Reduzierung von Supportanfragen und fehlerhaften Eingaben. Kein Wildwuchs von Formulgestaltung mehr - Synergieeffekte durch Wiederverwendbarkeit einzelner Formularbausteine.
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Definition des Formular-Styleguide 2. Umsetzung neuer Formulare nach Styleguide 3. Anpassung bestehender Formulare 4. Aufbau eines Pools für Formulare bzw. Formularbausteinen
Nutzen	Benutzer finden sich schnell zurecht. Formulardesign als Markenzeichen einer einheitlichen e-Government Strategie. Vertrauensbildung. Synergieeffekte und Einsparpotential durch Wiederverwendung.
Bürger	hoch
Wirtschaft	hoch
Verwaltung	hoch
Andere Beteiligte	
Priorität	hoch
Projektleitung	Wien
Projektmitarbeit	Länder, Städte, CIO
Schnittstelle	Körperschaften öffentlichen Rechts
EU-Nr.	
Umsetzungsfahrplan bis	Styleguide bis 06/2003, Pool bis Ende des Jahres
Anmerkungen	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-SI
	Sicherheits-Management	
Problemerkfassung	Mit der zunehmenden Vernetzung der Anwendungen im e-Government ergeben sich auch Risiko-Potenziale. Das Vertrauen der Betroffenen (BürgerInnen und Wirtschaft) in die ordnungsgemäße Verarbeitung ihrer Daten, insbesondere in die Wahrung des Datenschutzes (hier vor allem wieder Zugriff und Weitergabe) ist für die Akzeptanz von mehr e-Government sehr wichtig.	
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> - Bewußtsein zum Thema Sicherheit in der Verwaltung und bei deren Kunden - Angemessener Sicherheitsstandard 	
Notwendige Schritte	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung eines gemeinsamen Sicherverständnisses - Abgestufte Maßnahmen-Pakete zusammenstellen (von der kleinen Gemeinden bis zum Rechenzentrum) - Interne Sicherheitsoffensive auf allen Verwaltungsebenen - Kommunikation nach außen 	
Nutzen	Notwendige Voraussetzung für eine vernetzte Welt	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	mittel (Vorbildwirkung, Anregung)	
Priorität	hoch	
Projektleitung	CIO	
Projektmitarbeit	Bund, Länder, Städte, Gemeinden	
Schnittstelle	A-Sit	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	03/2004	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-		
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-SK
	Serverkomponenten zur Signatur	
Problemerkfassung	Im Zuge der Umsetzung und Verbreitung der digitalen Signatur stehen Verwaltungsorganisationen vermehrt vor dem Problem eingehende signierte Schriftstücke zu prüfen, ausgehende Erledigungen zu signieren, oder auf Basis der Signatur Personen zu identifizieren. Die dafür notwendigen Schritte und Programme sind komplex. Eine Synergie und Harmonisierung daher dringend notwendig.	
Ziel	Bereitstellung von Serverkomponenten, die die einzelnen Applikationen von den Details der Signaturerstellung bzw -prüfung entlasten. Komponenten können in einem Dienstleistermodell in Anspruch genommen werden, oder selbst betrieben werden. Die Komponenten selbst stehen als Bausteine des "e-Government Open Source" den Verwaltungsorganisationen kostenlos zur Verfügung.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Spezifikation der notwendigen Funktionalität (erledigt) 2. Entwicklung der Komponenten (erledigt durch BMF/CIO) 3. Betrieb und Einsatz in den e-Government-Anwendungen 	
Nutzen	Einfache Handhabung aller signaturrelevanten Schritte und Operationen durch kostenlose Komponenten - damit rasche Anpassung der Applikationen an Signatur. Öffnung weiterer Verfahren für Online Betrieb.	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	niedrig	
Priorität	hoch	
Projektleitung	CIO	
Projektmitarbeit	BMF	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	05/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-VD
	Umsetzung Verzeichnisdienst	
Problemerkfassung	Daten von Bediensteten werden in den unterschiedlichsten System gehalten: Personalsystem, Netzwerk, Applikationsberechtigungen, Telefonverzeichnis und -anlage, ... Diese Mehrfachhaltung wird für mittlere bis große Organisationen zunehmend zum Problem: der Wartungsaufwand steigt, die Datenqualität leidet.	
Ziel	Angaben zur Person des Bediensteten die quer in verschiedensten Applikationen benötigt werden sollen nur noch an einer Stelle gewartet werden: einem Verzeichnisdienst. Dieser Verzeichnisdienst dient als Drehscheibe zwischen den Applikationen, die automatisch Daten einbringen bzw. abfragen können. Erhöhte Datenqualität. Einrichten eines zentralen Verzeichnisdienstes für Organisationsübergreifende Anwendungen (z.B. el. Amtskalender, Telefonverzeichnis, ELAK, ...)	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Definition des Datenmodells und Schemas für den Verzeichnisdienst (erledigt) 2. Errichtung von Verzeichnisdiensten in Organisationen (bzw. Anbindung an Dienstleister) 3. (Bidirektionale) Daten-Anbindung wichtiger Applikationen (Personalsystem, ELAK, Telefonanlage, ...) 4. Anbindung an zentralen Verzeichnisdienst 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Wartungsaufwand für Datenpflege verringert sich - Erhöhte Datenqualität 	
Bürger	-	
Wirtschaft	-	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	niedrig	
Priorität	hoch	
Projektleitung	CIO	
Projektmitarbeit	Länder, LFRZ, Städte, Gemeinden	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-		
Projektvorhaben	Querschnittsmaterien	Q-ZU
	Elektronische Zustellung	
Problemerkfassung	Nach der Novelle des AVG und des Zustellgesetzes Ende 2001 sind noch einige Fragen bei der elektronischen Zustellung (z.B. Verständigung über die Bereithaltung von Schriftstücken auf Zustelldiensten) offen.	
Ziel	<ul style="list-style-type: none"> - Möglichst viele Erledigungen sollen elektronisch zugestellt werden (einfach für die Bürger). - Zustellung mit Zustellnachweis in elektronischem Wege soll möglich sein. - Vertraulichkeit soll gewahrt bleiben. - Daneben könnten diese Techniken (Zustelldienst) auch außerhalb von behördlichen Verfahren genutzt werden z.B. für Einschreibbriefe durch Banken oder Versicherungen. - Integration mit der elektronischen Bezahlung - Zustelldienste sollen in Zukunft auch von privaten Anbietern betrieben werden. 	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Abstimmung der notwendigen Schritte und Techniken bei der Zustellung 2. Entwicklung der Soll-Szenarien unter Berücksichtigung der Erfahrungen von derzeit bestehenden Lösungen der Verwaltungen 3. Anpassung der Rechtsgrundlage 4. Definition und Vereinbarung der Schnittstellen zu Zustelldiensten 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Zustellung unabhängig von Zeit und Ort (Bürger ersparen sich den Weg auf das Postamt) - Einsparung bei den Gebühren für Porto und Rückscheinbriefe, raschere Zustellung für die Parteien - Vorteile für e-Commerce durch Nutzung der selben Techniken 	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	hoch	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	hoch	
Projektleitung	Tirol	
Projektmitarbeit	BKA/VD, CIO, Länder, BRZG	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	08/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
	Bauen und Wohnen	
Projektvorhaben	Gebäude- und Wohnungsregister	BW-GWR
Problemerkfassung	Aus Großzählungen 2001 liegen Daten zur Gebäude- und Wohnungszählung vor. Sie sind aber nur bezüglich Gebäudeadresse für das ZMR relevant und werden nicht als Register geführt. Laufende Pflege (etwa über Baustatistik) noch nicht eingerichtet.	
Ziel	Einheitliches Gebäude- und Wohnungsregister (GWR), für das die laufende Pflege durch die Gemeinden festgelegt und eingerichtet ist. Vom GWR erfolgt bundesintern Informationsverteilung an andere Bereiche (z.B. ZMR, Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV))	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Klärung der Schnittstelle GWR - authentische Adresse 2. Konzeption GWR und Schnittstelle (Baustatistik) 3. Implementierung GWR und Einrichtung des Änderungsdienstes 	
Nutzen	Einheitliches Register für Gebäude, einheitliche Pflege und Nutzung	
Bürger	-	
Wirtschaft	-	
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	mittel	
Projektleitung	Statistik Austria	
Projektmitarbeit	Städte, Gemeinden, BMI/ZMR	
Schnittstelle	BEV	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	10/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Gesundheit	GH-REZ
Problemerkfassung	Rezept elektronisch ausgestellt Nicht alle Rezepte sind derzeit elektronisch erstellt, daher Probleme mit Lesbarkeit, Qualität der Ausfüllung etc. und damit unnötige Nachfragen (z.B. im Spital etc.) gegeben.	
Ziel	Elektronisch ausgefüllte und daher bezüglich Verschreibung und Verrechnung geprüfte Rezepte	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Festlegung Rezept-Schnittstelle 2. Vorgehensplan zur Verbindlichkeit 3. Pilotprojekt KH- extramuraler Bereich/ Apotheken 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Transparenz bei Verschreibung und Verrechnung - Wegfall von Genehmigungsvorgängen - Verbesserung bei Schnittstelle intra-/extramural 	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	mittel	
Andere Beteiligte	hoch	
Priorität	mittel	
Projektleitung	BMGF	
Projektmitarbeit	KH-Träger, Ärztekammer, Apothekerkammer, Sozialversicherung	
Schnittstelle	SV-ChipBE	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	10/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Sicherheit und Ordnung	SO-FIS
	Fremdeninformationssystem	
Problemerkfassung	Zur Verwaltung aller in Österreich bereits ansässigen Drittstaatenangehörige und jenen, die in den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland den Antrag auf Einreise nach Österreich stellen, sowie der Asylanten und Flüchtlinge ist ein enormer Aufwand in den unterschiedlichen Behörden und anderen Organisationen erforderlich. Es existieren zwar bereits unterschiedliche Register, welche zum Teil auch zentral geführt werden (FIS-Fremdeninformationssystem, AIS-Asylanteninformationssystem), welche aber nicht verknüpft sind. Es ist aber oft der Fall, dass ein Asylant eine Aufenthaltsbewilligung erlangt, wodurch er nach dem AIS auch im FIS erfasst wird.	
Ziel	Alle im Zusammenhang mit Drittstaatenangehörigen erhobenen Daten und durchgeführten Aktivitäten sollen in einem gemeinsamen zentralen Register geführt werden. Dieses ist allen betroffenen Stellen (Behörden, humanitäre Einrichtungen, etc) zugänglich zu machen.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anforderungsdefinition 2. Ausschreibung 3. Zusammenführung der bestehenden Daten , Inbetriebnahme 	
Nutzen	Mit diesem übergreifenden Fremdeninformationssystem soll gewährleistet werden, dass von der Antragstellung bis zur eventuellen Erlangung der österr. Staatsbürgerschaft ein Drittstaatenangehörigen nur einmal erfasst werden muss. Alle mit Drittstaatenangehörigen befasste Stellen sollen darauf Zugriff haben, um dessen Status auf einen Blick abfragen zu können. Dadurch könnten auch zur Zeit übliche Mitteilungsverfahren eingeschränkt werden.	
Bürger	niedrig	
Wirtschaft	-	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	hoch	
Projektleitung	BMI	
Projektmitarbeit	BMAA, Länder, Städte, Partner (Caritas, Flüchtlingshilfe, etc)	
Schnittstelle	ZMR, Urkundenregister, humanitäre Einrichtungen	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"	
-	
Projektvorhaben	Sicherheit und Ordnung Vereinsregister
	SO-VW
Problemerkfassung	Alle Vereinsgründungen und im Verein durchgeführten Änderungen sind jener Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen, in welcher der Vereinssitz liegt. Die Behörde hat unter anderem dafür Sorge zu tragen, dass Österreich weit kein neuer Verein zugelassen wird, wo es auf Grund des Vereinsnamens durch Ähnlichkeiten zu Verwechslungen kommen kann. Um dies gewährleisten zu können, muss derzeit bei einer Vereinsgründung bei allen anderen österreichischen Vereinsbehörden nachgefragt werden, ob bereits ein Verein mit einem ähnlichen Namen besteht.
Ziel	In einem zentralen Vereinsregister (ZVR) sollen alle in Österreich gemeldeten Vereine erfasst werden, wobei der Datenumfang gleich sein soll, wie dies durch § 16, Abs. 1 des Vereinsgesetzes (VerG) für die örtlichen Register festgelegt ist. Dieses Register soll sowohl die lokalen (§ 16 VerG) als auch das zentrale Vereinsregister (§ 18 VerG) umfassen. Auf das lokale Register soll die zuständige Behörde den vollen Zugriff, auf die anderen Register nur lesend haben.
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anforderungsdefinition (bereits erledigt) 2. Implementierung durch das BMI oder Ausschreibung 3. Übernahme der bestehenden Daten, Inbetriebnahme (im Portalverbund)
Nutzen	Mit dem ZVR soll eine einfache Abklärung auf Namensgleichheit durch die Behörde und in weiterer Folge die Online-Anmeldung bzw. Meldungen von Vereinsänderungen durch die Vereinsorgane ermöglicht werden.
Bürger	mittel
Wirtschaft	-
Verwaltung	hoch
Andere Beteiligte	-
Priorität	hoch
Projektleitung	BMI
Projektmitarbeit	Länder
Schnittstelle	
EU-Nr.	
Umsetzungsfahrplan bis	06/2003
Anmerkungen	Ein entsprechendes Projektteam wurde bereits eingesetzt, die konkrete Terminzusage durch das BMI zur Umsetzung steht aber noch aus.

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Steuern und Abgaben	SA-BS
	Integration der MOA ID / Integration der Bescheidsignatur	
Problemerkfassung	Die bei der Registrierung bei z.B. Finanz Online erstellte elektronische Identität ist nur im Rahmen von Finanz Online nutzbar, nicht jedoch in anderen Verfahren. Umgekehrt kann die el. Identität andere Verfahren bzw. der Bürgerkarte nicht genutzt werden. Ausgehende Dokumente können von Dritten nicht auf Authentizität und Ursprung geprüft werden und schmälern dadurch deren Nutzen.	
Ziel	Integration der MOA ID (Identifikation mit Bürgerkarte) und Integration der Bescheidsignatur. Damit wird einerseits eine "wiederverwendbare" verfahrensunabhängige el. Identität angeboten. Andererseits erfahren ausgehende Bescheide eine Aufwertung durch den breiteren Einsatzbereich und schaffen Vertrauen für den el. Weg durch Überprüfbarkeit der Angaben.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. MOA ID Fertigstellung (erledigt) 2. Integration von MOA ID in Finanzapplikationen 3. Integration von MOA SS (Serversignatur) in Finanzapplikationen 	
Nutzen	Bürger müssen sich nur noch einmal registrieren (bei Zertifizierungsdiensteanbieter) und können die so erzeugte el. Identität auch in den exponierten Finanzapplikationen nutzen. Signatur der Bescheide als Basis für Vertrauen.	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	mittel	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	niedrig	
Priorität	hoch	
Projektleitung	BMF	
Projektmitarbeit	CIO	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	09/2003	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-	
Projektvorhaben	Verkehr und Telekommunikation §90 StVO Bewilligungen für Arbeiten auf oder neben der Strasse VT-STVO
Problemerkfassung	Wird durch Arbeiten auf oder neben der Strasse der Strassenverkehr beeinträchtigt, so ist hierfür eine Bewilligung der Behörde erforderlich. Auf schriftlichen Antrag des Bauführers bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde (Bezirkshauptmannschaft, beim zuständigen Magistrat bzw. Gemeinde) wird für derartige Arbeiten eine Bewilligung in Bescheidform erteilt. Gleichzeitig hat die Verkehrsbehörde die für die Dauer der Arbeiten notwendigen Verkehrsbeschränkungen und - verbote mit Verordnung zu verfügen.
Ziel	Es soll ein Konzept erarbeitet werden, in dem mögliche Lösungen für eine elektronische Abwicklung von Ansuchen (Einreichung) bis zur Bewilligung von "Arbeiten auf oder neben der Strasse" (gemäß § 90 der StVO) aufgezeigt werden.
Notwendige Schritte	1. Anforderungsdefinition 2. Festlegung des Umfanges der Anwendung (wie weit wird GIS integriert)
Nutzen	
Bürger	-
Wirtschaft	hoch
Verwaltung	mittel
Andere Beteiligte	-
Priorität	
Projektleitung	NOE
Projektmitarbeit	Länder, BMWA, Städte und Gemeinden
Schnittstelle	
EU-Nr.	
Umsetzungsfahrplan bis	offen
Anmerkungen	Vervollständigung durch NOE

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Wirtschaft und Tourismus	WT-GB
	Gewerbeverfahren	
Problemerkfassung	Gewerbeberechtigter hat Anzeige- und Meldepflichten gegenüber Bezirksverwaltungsbehörden (BVB) und Kammer. BVB führt lokale Register mit Datentransfer zum zentralen Gewereregister (ZGR). Von ZGR gibt es Datenschnittstellen zu Wirtschaftskammer, Sozialvers., Firmenbuch, Finanz und andere BVBs. Vor allem bei Neugründungen werden Jungunternehmer durch die Kammer serviciert (Bestätigung für Gebührenbefreiung nach NeuFöG). Die derzeitigen Schnittstellen zwischen den Systemen führen zu einem hohen Aufwand für die Bezirksverwaltungsbehörden.	
Ziel	Reengineering der betroffenen Systeme, einheitliches Vorgehen bei Antragstellung über das Internet und One-Stop-Lösungen.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Überprüfung der Vorteile der Zusammenführung der örtlichen Gewerbesysteme und des ZGR in ein einheitliches österreichweites System mit Neugestaltung der oben angeführten Schnittstellen 2. Einheitlicher Online-Zugang für die Wirtschaft unter Wahrung der dezentralen Verfahrenszuständigkeit 3. One-Stop-Service über Partner (z.B. Wirtschaftskammer) 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Vereinfachte Abwicklung für die Wirtschaft - Erhebliche Reduktion des zeitlichen Aufwands für die Verwaltung sowie die Partner - Höhere Qualität der Information. 	
Bürger	-	
Wirtschaft	hoch	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	hoch	
Priorität	hoch	
Projektleitung	Steiermark	
Projektmitarbeit	BMWA, Länder, Magistrate, Wirtschaftskammer, BMJ	
Schnittstelle	BMF, BMI, Hauptverband der SV	
EU-Nr.	16	
Umsetzungsfahrplan bis	10/2003	
Anmerkungen	Befähigungsnachweis von der Kammer automatisiert übernehmen.	

Masterplan "e-Government"

-	Masterplan "e-Government"	
Projektvorhaben	Zu meiner Person Bevölkerungsstatistik / ZMR-Summenabfrage nach Gemeinden	
		ZP-BS
Problemerkfassung	Von 1996 bis einschließlich 2001 haben die Landesstatistiken in Zusammenarbeit mit Statistik Austria jährlich zum Stichtag 1.1. eine sogenannte Einwohnererhebung bei allen Gemeinden des jeweiligen Bundeslandes als Abfrage der kommunalen Melderegister durchgeführt, um aktuelle Bevölkerungsentwicklungen auf regionaler Ebene abbilden zu können. Im Rahmen der Einführung des ZMR wurde diese Erhebung eingestellt, jedoch ist es den Ländern bis dato nicht gelungen, aktuelle aggregierte Daten aus dem ZMR zu erhalten.	
Ziel	Weiterführung der jährlichen Einwohnererhebung als anonymisierte Summenabfrage aus dem ZMR zumindest mit den Zahlen der Hauptwohnsitze pro Gemeinde, idealerweise nach Geschlecht und groben Staatsbürgerschaftsgruppen, eine Gliederung nach 5jährigen Altersgruppen wäre ebenfalls wünschenswert.	
Notwendige Schritte	Schaffung einer geeigneten Rechtsgrundlage Bereitstellung der Auswertung durch das BMI	
Nutzen	Nach Wegfall der jährlichen Einwohnererhebung ist eine ZMR-Abfrage die einzige Möglichkeit für aktuelle Abbildung von regionalen Bevölkerungsstrukturen und -entwicklungen. Diesbezüglich große Nachfrage von Seiten der Verwaltung, der Wirtschaft und allgemein der Öffentlichkeit. Letztaktuelle Daten der VZ 2001 sind bereits 2 Jahre alt !	
Bürger	mittel	
Wirtschaft	hoch	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	mittel	
Priorität	mittel	
Projektleitung	Steiermark?	
Projektmitarbeit	BMI, Länder	
Schnittstelle	Statistik Austria, eventuell andere Landesstatistiken	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	03/2004	
Anmerkungen		

Masterplan "e-Government"

-		
Projektvorhaben	Zu meiner Person Bürgerkartentauglicher Personalausweis, Führerschein	
	ZP-FS	
Problemerkfassung	Zur Zeit gibt es nur wenige (10%-15%) Personalausweise aber nahezu jeder hat einen Führerschein. Getrennte Dokumente werden kaum verwendet und sind unhandlich. Bei der Einführung des digitalen Führerscheins mit Signaturfunktion müssen die e-Government Anforderungen und das Konzept Bürgerkarte berücksichtigt werden.	
Ziel	Umsetzung eines Kombidokumentes Personalausweis-Führerscheins mit Chip nach dem Konzept Bürgerkarte.	
Notwendige Schritte	Umsetzung der Bürgerkartenfunktionen	
Nutzen	Über die Ausweisfunktion hinaus, dient die Karte als Instrument der Identifikation und Authentifizierung und kann von Bürgerinnen, Bürgern und Bürgern für e-Government und e-Commerce-Zwecke verwendet werden. Durch die Kombination ist sichergestellt, dass der Bürger das Dokument auch in der Praxis verfügbar hat.	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	hoch	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	hoch	
Priorität	mittel	
Projektleitung	BMI	
Projektmitarbeit	BMVIT, CIO	
Schnittstelle		
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	12/2003	
Anmerkungen	keine Erhöhung der Erneuerungsfrequenz durch e-Government	

Masterplan "e-Government"

-	
Projektvorhaben	Zu meiner Person Meldebestätigung ZP-MB
Problemerkfassung	Derzeit sind e-Government-Anwendungen mit unterschiedlichen Ansätzen bei Identifikation des Kunden, Möglichkeit des Bezahlens, Formularaufbau und -layout etc. im Einsatz. Am Beispiel der Meldebestätigung soll eine Muster-e-Government-Anwendung eingerichtet werden, die alle notwendigen Schritte - wie Identifikation, Datenerfassung, elektronisches Bezahlen, Registerabfrage, XML-Schnittstelle zwischen Behörde, Zustellung - im Sinne best practice unterstützt.
Ziel	Musteranwendung und Erprobung von Normierungen (Styleguide, ...) und Schnittstellen (eps 2, ...) in der Praxis
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Abklärung des Normablaufs und der Funktionalitäten 2. Implementierung im Behördenportal help.gv.at und in weiterem Portal (z.B. wien.at) 3. Präsentation der Musteranwendung 4. Evaluierung des Praxiseinsatzes und des Rollouts aus technischer, organisatorischer und rechtlicher Sicht
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Beispielhafte e-Government-Anwendung, die Prüfung auf Kundenakzeptanz (einfache Handhabbarkeit etc.) und Effizienz im Ablauf bei und zwischen den Behörden ermöglicht. - Basis für die Gestaltung der Kommunikationsarchitektur.
Bürger	mittel
Wirtschaft	mittel
Verwaltung	hoch
Andere Beteiligte	mittel
Priorität	hoch
Projektleitung	Wien
Projektmitarbeit	CIO, ZMR, help.gv.at, Städte, Gemeinden, Anbieter von Zahlungsdiensten
Schnittstelle	BMI
EU-Nr.	
Umsetzungsfahrplan bis	06/2003 (Evaluierung in Praxis; dann Rollout)
Anmerkungen	

Masterplan "e-Government"

-		
Projektvorhaben	Zu meiner Person	ZP-UR
Problemerkfassung	Bei vielen Verfahren ist die Vorlage von Meldezettel, Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsnachweis, Heiratsurkunde, Sterbeurkunde bzw. der Nachweis des akademischen Grades erforderlich.	
Ziel	Abbildung relevanter Daten in einem zentralen Register (ZMR). Die Bürger ersparen sich die Vorlage dieser Dokumente (bei einem elektronischen und / oder beim Papierverfahren). Die Behörde kann die Daten in ihren Anwendungen weiter verarbeiten. Eine automatisierte Prüfung von Daten in Verwaltungsanwendungen gegen dieses Register verringert den Verwaltungsaufwand und erhöht die Datenqualität.	
Notwendige Schritte	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verbesserung der Datenqualität des ZMR 2. Aufbau des Registers. 3. Erfassung aus vorgelegten Personenstandsunterlagen auf Wunsch des Bürgers beim Behördenkontakt bzw. durch Übernahme aus bestehenden Gemeindeapplikationen 4. Ableitung aus den Geschäftsvorgängen der Standesämter und der Landesregierung bei Staatsbürgerschaftsverleihung (verpflichtender Änderungsdienst) 5. Klärung der Kostenfrage vor Umsetzung 	
Nutzen	<ul style="list-style-type: none"> - Abbildung relevanter Daten in einem zentralen Register (ZMR). - Die Bürger ersparen sich die Vorlage dieser Dokumente (bei einem elektronischen und / oder beim Papierverfahren). - Die Behörde kann die Daten in ihren Anwendungen weiter verarbeiten. 	
Bürger	hoch	
Wirtschaft	-	
Verwaltung	hoch	
Andere Beteiligte	-	
Priorität	hoch	
Projektleitung	BMI	
Projektmitarbeit	BKA, Länder, Städte, Gemeinden	
Schnittstelle	BMBWK	
EU-Nr.		
Umsetzungsfahrplan bis	11/2003	
Anmerkungen	Auszug aus dem Urkundenregister als ein Dokument (Papier und elektronisch)	